

Sawiris und die «sehr, sehr euphorischen Annahmen»

Politiker und eine Studie zweifeln daran, ob das neue Skigebiet schwarze Zahlen schreiben kann.

Michael Soukup

Gestern hat Samih Sawiris die Medien nach Andermatt eingeladen, um den Spatenstich für die Sesselbahn am Oberalppass zu feiern. Bereits im Juli erfolgte der Baubeginn einer Sesselbahn auf der gegenüberliegenden Gurschenalp. Die beiden Sechssesselbahnen sind Teil der geplanten Skiarena Andermatt-Sedrun, die im Endausbau die Erstellung von 14 Skiliften, Gondel- und Sesselbahnen vorsieht. Davon werden 10 Anlagen in der ersten Etappe realisiert, die etwa 130 Millionen Franken kosten soll. Bei aller Erleichterung, dass nach den mehrjährigen Verzögerungen endlich die Baumaschinen auffahren, gibt es weiterhin skeptische Stimmen. Eine davon ist der Urner Landrat Toni Moser. Der SP-Mann hat Anfang Jahr die Interpellation «Investitionen in Skigebietsverbinding Andermatt-Sedrun an dünnem Faden?» eingereicht.

Hintergrund der Anfrage sind die öffentlichen Gelder, die in das Projekt fliessen. 2013 wurde bekannt, dass sich der Bund mit einem rückzahlbaren Darlehen von 40 Millionen Franken sowie die Kantone Uri und Graubünden mit 5 respektive 3 Millionen Franken als A-fonds-perdu-Beiträge am Ausbau beteiligen würden. Der «Tages-Anzeiger» berichtete über die damalige harsche Kritik der Mitbewerber aus Zermatt, Grindelwald und Engelberg an der Staatshilfe sowie ihre Zweifel, ob das Andermatt Skigebiet finanziell nachhaltig betrieben werden könne.

Anfang dieses Monats kam nun die Antwort des Urner Regierungsrates: «Betriebswirtschaftlich rechnet sich das Projekt nur mit einem substantiellen Engagement seitens der öffentlichen Hand.» Das Projekt sei nötig, damit der Tourismus an Attraktivität gewinne, und entspreche zudem den Zielen der neuen Regionalpolitik (NRP) des Bundes. Das für das NRP-Programm verantwortliche Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) begründete bereits 2013 sein finanzielles Engagement mit der «besonderen Bedeutung des Gotthards für die Schweiz, da er wichtige Leistungen für die Schweiz» erbringe.

Die Interpellanten wollten vom Regierungsrat auch wissen, welche Vorkehrungen er getroffen habe, damit die öffentliche Hand künftig beim Skigebiet nicht immer wieder «in die Lücke springen muss, um Defizite oder Ersatzinvestitionen aufzufangen».



Graubündens Volkswirtschaftsdirektor Jon Domenic Parolini (l.) und Samih Sawiris auf dem Oberalppass. Foto: A. Wey (Keystone)

tionem aufzufangen». Voraussetzung für das Bundesdarlehen war, dass die Investoren einen Businessplan erstellen. Dieser basiert unter anderem auf einer Studie der Universität St. Gallen und wurde zudem im Auftrag Uris durch die Hochschule Luzern überprüft.

Doch es gibt noch eine andere Studie, die offenbar vom Bund, von Uri sowie vom Sawiris-Unternehmen Andermatt Swiss Alps AG nicht berücksichtigt wurde. Bevor der ägyptische Investor 2012 die Andermatt-Gotthard-Sportbahnen (AGS) und die Sedrun-Bergbahnen übernahm und sie fusionierte, liess die AGS eine Machbarkeitsstudie erstellen. Verwaltungsratspräsident war damals der frühere FDP-Präsident Franz Steingger, der keinen Hehl daraus machte, dass er das Skigebiet lieber in kleinen Etappen statt auf einen Schlag ausbauen wollte. Die Churer Unternehmens- und Tourismusberatungsfirma Grischconsulta rechnete 2011 die Rentabilität der

Skigebietserweiterung durch und kam zu einem verheerenden Schluss: Im realistischsten Szenario liessen sich die Skier-Days (Tagesbesuche) von 424 000 auf 561 000 (+32 Prozent) und der jährliche Umsatz von rund 11,5 auf 18,5 Millionen Franken steigern - doch dies bei einem Defizit von 6,3 Millionen Franken.

Uri sorgt für «Worst Case» vor

Zum Vergleich: In den Jahren zuvor war der Fehlbetrag zehnmal kleiner. Um schwarze Zahlen zu schreiben, müssten aber die Tagesbesuche im neuen zusammengeschlossenen Gebiet auf fast 700 000 (+63 Prozent) erhöht werden. Dazu meint der Studienverfasser Roland Zegg heute: «Das sind alles in allem sehr, sehr euphorische Annahmen.»

«Die Studie der Grischconsulta wurde bereits 2011 erstellt und basiert nicht mehr auf aktuellen Fakten», sagt Markus Berger, Sprecher der Andermatt Swiss Alps AG. Man gehe davon aus, dass, so-

bal bald das Skigebiet komplett ausgebaut sei, sich die Zahl der Skier-Days von heute zwischen 360 000 und 400 000 auf 600 000 erhöhen werde.

Auf die Frage, wie hoch die Defizite in den ersten fünf Jahren sein werden, antwortet Berger: «Die Entwicklung des Skigebiets hängt vom Stand des Ausbaus der Skigebietsverbinding und der Anzahl Betten in Andermatt und Sedrun ab. Und natürlich von der Marktentwicklung generell.» Grischconsulta betont, dass ihre Berechnungen für ein zusammengeschlossenes Skigebiet auch heute noch zuträfen, die Ausgangslage habe sich nicht grundsätzlich verändert.

Die Urner Regierung schreibt in ihrer Antwort, dass die öffentlichen Gelder an «die Gewährleistung von werthaltigen Sicherheiten über die gesamte Darlehenssumme» geknüpft seien, sodass der Weiterbetrieb im «Worst Case» während mindestens zweier Jahre aufrechterhalten werden könne.

Nachrichten

Nahrungsmittelspekulation Juso-Initiative fällt im Nationalrat durch

Der Nationalrat empfiehlt dem Stimmvolk, die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» abzulehnen. Die Initiative verfolge zwar ein hehres Ziel. Die Mehrheit hielt ein Verbot aber für den falschen Weg, um Hunger in der Welt zu bekämpfen; es bliebe ohne Wirkung, weil sich die wichtigsten Terminbörsen im Ausland befänden. Dagegen wäre es der «Todesstoss» für den Schweizer Finanzplatz, kritisierte Hans-Peter Portmann (FDP, ZH). Worauf Cédric Wermuth (SP, AG) sagte, die Debatte erinnere ihn an einen «Gottesdienst der Ohnmacht vor den internationalen Finanzmärkten». Der Ständerat hatte die Initiative bereits in der Sommersession zur Ablehnung empfohlen. (SDA)

Steuern

Kanton Bern will wettbewerbsfähiger werden

Der Regierungsrat des Kantons Bern will die Steuern für Unternehmen senken. Je nach Modell führt das zusammen mit der tieferen Kapitalsteuer zu Mindereinnahmen in der Grössenordnung von 200 Millionen Franken für den Kanton und 100 Millionen für die Gemeinden. Ab dem Jahr 2018 würde der Gewinnsteuertarif in mehreren Schritten gesenkt. Einen Teil der Ausfälle will die Regierung mit Ausgleichszahlungen des Bundes aus der Unternehmenssteuerreform III kompensieren. (SDA)

Bericht

Bundesrat muss Öffnung des Milchmarkts prüfen

Der Bundesrat muss Situation und Perspektiven der Schweizer Milchwirtschaft in einem Bericht aufzeigen. Diesen Auftrag hat ihm der Nationalrat erteilt. Auch Öffnungsvarianten sollen dargelegt werden. Dagegen hatte sich Bauernverbandsdirektor und FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois gewehrt. Gleichzeitig demonstrierten in Bulle 60 Bauern am Rande der 100-Jahr-Feier des Freiburgerischen Milchverbands für faire Preise. (SDA)

Verschwindenlassen

Nationalrat ist für Ratifikation von UNO-Übereinkommen

Die Schweiz soll das UNO-Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifizieren. Dafür hat sich der Nationalrat als Erstrat ausgesprochen - gegen den Willen der SVP. Das Übereinkommen hat zum Ziel, das Verschwindenlassen von Personen zu bekämpfen und konsequent zu verfolgen. Dabei geht es um Menschen, die vom Staat oder mit dessen Billigung festgenommen und verschleppt werden. (SDA)

Atomaufsicht kann Erdbebensicherheit von AKW noch immer nicht einschätzen

Seit 1999 versucht das Ensi, die Erdbebengefahr für AKW neu zu bestimmen. Auch die neueste Studie ist laut einem Expertenteam mangelhaft.

Simon Thönen
Bern

In der schweizerischen Variante des Atomausstiegs - der Ständerat debattiert sie nächste Woche - spielt das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) die Schlüsselrolle. Dieses entscheidet letztlich, wie lange ein AKW noch am Netz bleiben darf. Das Inspektorat ist mit vielen längeren Abklärungen beschäftigt, das wohl mit Abstand Langwierigste ist jedoch, wie gross die Gefahr ist, dass Erdbeben eine AKW-Katastrophe auslösen. Seine Vorläuferbehörde, die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK), hat die Abklärungen bereits 1999 eingeleitet - doch es liegt noch immer kein gültiges Resultat vor.

Aktuell prüft das Ensi eine Studie, die von unabhängigen Erdbebenexperten erstellt, aber vom Verband Swissnuclear der AKW-Betreiber finanziert und geleitet wurde. Das «Pegasos Refinement Project» (PRP) ist, wie der englische Name sagt, eine «Verfeinerung» der früheren grundlegenden Erdbebenstudie Pega-

sos. Diese lag bereits 2004 vor. Und sie zeigte: Die Erdbebengefahr ist grösser als zuvor angenommen. Doch damals liefen die AKW-Betreiber aus Furcht vor teuren Nachrüstungen Sturm gegen die Pegasos-Studie. Darauf lenkte die damalige Atomaufsicht HSK ein und erlaubte den Betreibern, dass sie eine Nachfolgestudie unter eigener Leitung in Auftrag geben könnten.

Zeitgewinn für AKW

Damit gewannen die AKW-Betreiber viel Zeit. Denn die HSK erlaubte ihnen 2005 zudem, dass sie die Erdbebenwerte von Pegasos vorderhand nur mit Abstrichen verwenden mussten - und für die deterministischen Analysen überhaupt nicht. Gerade diese sind aber entscheidend dafür, ob ein AKW aus Sicherheitsgründen vom Netz gehen muss. 2012, nach Fukushima, bekam das Ensi jedoch ein Problem: Die Betreiber mussten ihre AKW auf deren Erdbebensicherheit überprüfen; die Richtwerte dazu lagen aber noch immer nicht vor. Das Ensi «löste» es damit, dass es den Betreibern erlaubte, für die Überprüfung die provisorischen Zwischenresultate des PRP zu verwenden. Nur: Diese stammten zumindest teilweise von den Betreibern selber und nicht von Erdbebenexperten.

Nach jahrelangen Verzögerungen lieferte Swissnuclear die neue PRP-Studie Ende 2013 ab. Seither, also schon seit über anderthalb Jahren, prüft sie das

Ensi. Sowohl diese Studie wie auch ein Bericht, den Experten des Ensi - das sogenannte Reviewteam - dazu verfasst haben, sind geheim. Recherchen des «Tages-Anzeigers» haben jedoch ergeben, dass das Reviewteam den für PRP aktualisierten Erdbebenkatalog kritisierte, das Verzeichnis der Erdbeben in der Schweiz. Genauer: die neue Formel, mit der die Beben in die gebräuchliche Momenten-Magnituden-Skala umgerechnet wurden. Insbesondere beanstandete das Expertenteam, dass nur eine einzige Formel verwendet wurde. Aber das widerspricht der Projektphilosophie im Kern: Diese sieht vor, dass jeweils unterschiedliche Forschungsmethoden gegeneinander abgewogen und berücksichtigt werden. Die Unsicherheiten, die sich aus verschiedenen Methoden ergeben, können dann bewertet werden.

Der Direktor von Swissnuclear, Philippe Renault, weist die Kritik auf Anfrage zurück: «Das Reviewteam beleuchtet Punkte, die wissenschaftlich interessant, aber in der praktischen Konsequenz wenig bedeutsam sind.» Er räumt zwar ein: «Natürlich sind keine Unsicherheiten vorhanden, die man bewerten könnte, wenn nur eine einzige Umrechnungsformel verwendet wird. Für ein neues Projekt wäre es interessant, unterschiedliche Formeln zu berücksichtigen.» Die im Projekt involvierten Experten hätten aber das Problem durchaus thematisiert und zumindest

indirekt die Auswirkungen anderer möglicher Berechnungsmethoden berücksichtigt. Sein Fazit: «Es gibt keinen Grund, die PRP-Ergebnisse deshalb infrage zu stellen.» Diese Ansicht teilten auch die unabhängigen Experten, welche die PRP-Studie erarbeitet haben.

«Peinlich für Ensi»

Anders sieht dies Sabine von Stockar von der AKW-kritischen Schweizerischen Energiestiftung. Sie kennt - anders als Renault - die geheimen PRP- und Review-Berichte nicht. «Es ist peinlich für das Ensi, dass immer noch kein gültiges Resultat vorliegt, obwohl wir schon seit 1999 wissen, dass der Schutz der Bevölkerung vor AKW-Unfällen auf veralteten Erdbebenzahlen beruht», sagt sie. Die PRP-Studie habe offenbar bloss zu neuer Unklarheit geführt. «Der eigentliche Skandal ist, dass das Ensi die Pegasos-Studie von 2004 nie richtig angewandt hat.»

Das Ensi betont auf Anfrage, dass mit dem anspruchsvollen Projekt Pegasos in der Schweiz viel Pionierarbeit auf hohem Niveau geleistet wurde - dies durchaus zu Recht. Die konkret gestellten Fragen zur Anwendung der Pegasos-Studie und den Problemen mit dem Nachfolgeprojekt PRP beantwortete die Aufsichtsbehörde jedoch nicht und fasste stattdessen frühere Medienmitteilungen zusammen. Den Entscheid zum PRP-Projekt will das Ensi vor Jahresende fällen.

Beznau 1

Erst nächstes Jahr am Netz

Block 1 des Atomkraftwerks Beznau im Kanton Aargau geht frühestens Ende Februar des kommenden Jahres wieder ans Netz. Damit rechnet Axpo-Chef Andrew Walö. Block 1 ist seit März wegen Erneuerungs- und Prüfungsarbeiten vom Netz. Auch Block 2 steht still. Vor kurzem habe man von der Atomaufsichtsbehörde Ensi die Aufforderung für zusätzliche Messungen, Auswertungen und Befunde erhalten, sagte Walö am Mittwochabend in der Sendung «Rundscha» von SRF. Man werde diese zusätzliche Aufforderung erfüllen. Die Axpo ist Betreiberin von Beznau. Die neuen Auflagen führen gemäss dem Axpo-Chef dazu, dass Block 1 nicht wie zuletzt geplant Ende Oktober, sondern Ende Februar 2016 wieder angefahren werden soll. Seit der Abschaltung im Februar ist es wiederholt zu Verzögerungen gekommen. Bei der Jahresrevision und beim Einbau eines neuen Deckels für den Reaktordruckbehälter von Block 1 waren diesen Sommer dank einer neuen Messtechnologie Unregelmässigkeiten im Material des Reaktordruckbehälters entdeckt worden. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) erwartet nun von der Axpo eine Bewertung dieser Befunde. Der Bericht müsse aufzeigen, ob und wie der Reaktordruckbehälter durch die Befunde geschwächt werde und ob die Anforderungen des Regelwerks noch erfüllt seien. (SDA)